

Deutscher Bundestag

Ausschuss für
Kultur u. Medien

Ausschussdrucksache

19(22)306

03.05.2021



Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**

Präsident und Professor
Dr. Hans Walter Hütter

Haus der Geschichte Postfach 12 06 15 53048 Bonn

Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn

Telefon 02 28/91 65-100
Telefax 02 28/91 65-300
E-Mail huetter@hdg.de
Internet www.hdg.de

Bonn 03.05.2021

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratieggeschichte“ (BT-Drucksache 19/28648) und Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratieggeschichte (BT-Drucksache 19/28535)

**Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien
5. Mai 2021
Öffentliche Anhörung**

In der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung vom 27. Juli 1999 (BT-Drucksache 14/1569) und deren Fortschreibung vom 19. Juni 2008 (BT-Drucksache 16/9875) ist die Förderung der Orte und Institutionen festgeschrieben, die sich der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert widmen. Die Einrichtungen leisten seit Jahren erfolgreiche und zielgruppenorientierte Arbeit, vor allem auch für und mit jungen Menschen. So werden Kenntnisse über die totalitären Regime auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert vermittelt und die Erinnerung an das Leid der Opfer wachgehalten.

Der Vermittlung der Demokratieggeschichte im nationalen und internationalen Rahmen widmen sich in Deutschland eine Reihe von Einrichtungen auf allen staatlichen Ebenen. Diese Institutionen und historischen Orte der deutschen Demokratieggeschichte arbeiten in der Regel ohne systematische Abstimmung oder Vernetzung untereinander. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratieggeschichte“ im Jahr 2017 ist als ein erster Ansatz zur Vernetzung von recht heterogenen Einrichtungen zu werten. Die im „Hambacher Manifest“ der Arbeitsgemeinschaft vom 1. Juni 2017

formulierten Ziele sind vielfältig und ambitioniert, jedoch ohne institutionalisierte Struktur kaum zu erreichen.

In jüngster Zeit sind einige Orte der deutschen Demokratiegeschichte mehr in den öffentlichen Fokus gerückt: Das Umfeld und die Ausstellung des Hambacher Schlosses werden derzeit mit großem Aufwand modernisiert, die Paulskirche in Frankfurt am Main soll nicht nur baulich ertüchtigt werden, sondern auch – möglichst durch einen Ergänzungsbau – inhaltlich und didaktisch zu einem zeitgemäßen „Lernort Demokratie“ gestaltet werden. Mit dem „Haus der Weimarer Republik“ ist ein erster Schritt getan, diese wichtige Phase in der jüngeren deutschen Geschichte anschaulich zu machen. In Leipzig ist die Diskussion der Planung am historisch relevanten „Matthäikirchhof“ angelaufen.

Diese und andere Maßnahmen sollen dazu beitragen, an die deutsche Demokratiegeschichte in verschiedenen Phasen zu erinnern. Die Einrichtungen wollen über diese Aspekte der jüngeren Geschichte informieren, den Wert der Demokratie herausstellen, zur Diskussion und zum aktiven Einsatz für den pluralen Rechtsstaat anregen. Als wichtige außerschulische Lernorte tragen sie dazu bei, insbesondere der jüngeren Generation lebendig und authentisch auch die positiven Traditionslinien unserer Geschichte nahezubringen. Der Einsatz zeitgemäßer digitaler Formate hilft dabei, einerseits die Informationen und Kenntnisse über die Orte und die damit verbundenen historischen Zusammenhänge dem aktuellen Rezeptionsverhalten gemäß zu transportieren, andererseits die Wirkung der Orte selbst in den virtuellen Raum hinein zu erweitern.

Um effizienter und zielorientierter diese und neue Wege zu beschreiten, sich den stetig ändernden Rezeptionsgewohnheiten der unterschiedlichen Zielgruppen stellen und Forschungs- und Evaluationsergebnisse gemeinsam nutzen zu können, ist es sinnvoll, die Arbeitsfelder der Einrichtungen zu koordinieren. Dies ist vor allem dann wünschenswert, wenn die Einrichtungen durch in Aussicht gestellte zusätzliche finanzielle Möglichkeiten schneller und wirkungsvoller agieren können. Im Besonderen wird die Bündelung den kleineren und mittleren Einrichtungen zu Gute kommen.

Um jungen Menschen das Thema und die Orte näher zu bringen, kann die Stiftung in besonderer Weise hilfreich sein durch ein Förderprogramm für Schulen, das den Besuch der dezentralen historischen Orte der Demokratiegeschichte zentral unterstützt. Auf der anderen Seite kann die Stiftung in Kooperation mit Universitäten zur Erforschung der nationalen und internationalen Demokratiegeschichte anregen. Sowohl in den Fachwissenschaften als auch in der Didaktik sollte die Stiftung auf Basis steter Analyse im Verbund mit den vermittelnden Einrichtungen und den Hochschulen Vorschläge für Forschungsvorhaben unterbreiten und zu deren Finanzierung beitragen. Durch koordinierten und gebündelten gegenseitigen Austausch können die Einrichtungen und Häuser ihre praxisbezogene Arbeit reflektieren und fortentwickeln, die Hochschulen gleichzeitig ihre Forschungsvorhaben auf praxisorientierte Zielsetzungen ausrichten. Aktuelle Ergebnisse fachwissenschaftlicher sowie

didaktischer Forschung können auf diesem Weg gezielt, zeitnah und breit gefördert in der Vermittlungsarbeit angewandt werden.

Die geplante neue Stiftung soll lediglich als „Förderstiftung“, nicht im operativen Bereich agieren. Die eigenständigen Trägerstrukturen der Einrichtungen müssen erhalten bleiben. Die Pluralität der Gesellschaft soll auch durch die verschiedenen Institutionen und ihre unterschiedlichen Organisationsformen zum Ausdruck kommen. Ein Beispiel für die Aufgaben und Struktur der neuen Stiftung kann die „Bundesstiftung Aufarbeitung“ in Berlin sein, durch die die Arbeit der Erinnerungsorte zur SED-Diktatur gefördert wird.

Um die Ziele erreichen und den Einrichtungen wirkungsvoll helfen zu können, ist eine hinreichende finanzielle Ausstattung der Stiftung mit Fördermitteln langfristig sicherzustellen; denn die Aufgaben der Demokratievermittlung werden sich in jeder Generation neu stellen.

Zu erwägen ist, die Länder und die Kommunen in die Organstruktur der neuen Stiftung einzubinden, zumal sie in der Trägerschaft vieler Einrichtungen in Vergangenheit und Gegenwart eine wichtige oder gar tragende Rolle spielen. Auf allen drei staatlichen Ebenen wird bereits heute vielfältig an die Demokratie in unserem Land erinnert.

Kurzum: Die Gründung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratieggeschichte“ zur Bündelung, Koordinierung und Finanzierung von Aktivitäten sowie zur langfristigen Förderung der Einrichtungen, die sich der deutschen Demokratieggeschichte widmen, ist sinnvoll und wünschenswert. Diese Stiftung soll Institutionen und historische Orte fördern, die sich gegenwärtig und künftig der Vermittlung von Kenntnissen der deutschen Demokratieggeschichte widmen, ohne die Strukturen der einzelnen Institutionen zu verändern, zu vereinheitlichen oder gar aufzulösen. Neben der Unterstützung traditioneller Formate soll zielgerichtet die Entwicklung neuer Formen gefördert werden. Durch die Arbeit der Stiftung ist – einem Labor vergleichbar – eine Belebung der historisch-politischen Bildungsarbeit zu erwarten.

Prof. Dr. Hans Walter Hütter